

27. November 2012

### Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung

#### Schwarz: Monitoring-Ausschuss wacht über Einhaltung von Rechten und Bedürfnissen

Im Vorfeld des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember beschäftigten sich gestern, Montag, 26. November, im NÖ Landhaus in St. Pölten im Rahmen eines Fachsymposiums Menschen mit Behinderungen, Trägerorganisationen von Behinderteneinrichtungen, politische Vertreterinnen und Vertreter sowie Fachexpertinnen und -experten mit Niederösterreichs Weg zur Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention für Menschen mit Behinderungen.

An dem Symposium mit dem Titel „Dialog“ nahm auch Landesrätin Mag. Barbara Schwarz teil. Die Landesrätin zeigte sich erfreut, dass es in Niederösterreich in Zukunft ein eigenes Monitoringgesetz zur Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention geben wird. „Der eingerichtete Monitoring-Ausschuss unter dem Vorsitz von Dr. Christine Rosenbach wird darüber wachen, dass in Zukunft die Rechte und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen eingehalten werden“, sagte Schwarz und unterstrich, dass die Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen ein zentrales Thema im Rahmen der zukünftigen Sozialpolitik des Landes Niederösterreich sei. „Es liegt noch ein langer Weg vor uns. Wir können diesen Weg nur gemeinsam, unter Einbeziehung aller Beteiligten, gehen - den Menschen mit Behinderungen und ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern genauso wie den Trägerorganisationen von Tagesbetreuungseinrichtungen und Wohnhäusern oder den Eltern und ihren Vertreterinnen und Vertretern. Ziel unserer Politik muss es sein, dass alle Menschen, die unsere Unterstützung benötigen, mit uns und unter uns leben. Denn Ihre Behinderung ist einfach Bestandteil ihrer Persönlichkeit. Sie haben Fähigkeiten, Stärken und Schwächen wie alle anderen Menschen auch und sind daher eine wertvolle Bereicherung für unsere Gesellschaft“, so Schwarz.

Neben Sozial-Landesrätin Schwarz referierten und diskutierten im Rahmen des Symposiums unter anderem die Vorsitzende des Bundesmonitoring-Ausschusses, Mag. Marianne Schulze, Mag. Michael Prunbauer von der NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft, der Direktor des Kompetenzzentrums für Nonprofit Organisationen der Wirtschaftsuniversität Wien, Dr. Christian Schober, und auch die zukünftige Vorsitzende des Monitoring-Ausschusses in Niederösterreich, Dr. Christine Rosenbach.

Nähere Informationen: Büro LR Schwarz, Marion Gabler-Söllner, Telefon 02742/9005-12655, e-mail [marion.gabler-soellner@noel.gv.at](mailto:marion.gabler-soellner@noel.gv.at).

